Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/5160

01. 07. 96

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Rolf Köhne, Eva-Maria Bulling-Schröter, Dr. Willibald Jacob, Dr. Gregor Gysi und Gruppe der PDS – Drucksache 13/3492 –

Regulierung und Verknappung des Angebotes erschöpfbarer Energierohstoffe und Einrichtung einer Energierohstoffagentur

A. Problem

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung u. a. aufgefordert werden, binnen eines Jahres einen Gesetzentwurf zur Regulierung und Verknappung des Angebotes erschöpfbarer Energierohstoffe einzubringen.

B. Lösung

Der Ausschuß ist mehrheitlich der Auffassung, der planwirtschaftliche Ansatz eines Energierohstoffbewirtschaftungsgesetzes werde den Zielen des Klima- und Ressourcenschutzes nicht gerecht.

Ablehnung des Antrags.

Entscheidung mit großer Mehrheit

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 13/3492 abzulehnen.

Bonn, den 12. Juni 1996

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Hans Peter Schmitz (Baesweiler)
Vorsitzender

Kurt-Dieter Grill
Berichterstatter

Dietmar Schütz (Oldenburg)
Berichterstatter

Michaele Hustedt
Berichterstatterin

Birgit Homburger
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Kurt-Dieter Grill, Dietmar Schütz (Oldenburg), Michaele Hustedt und Birgit Homburger

Der Antrag auf Drucksache 13/3492 wurde in der 80. Sitzung des Deutschen Bundestages am 18. Januar 1996 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie zur Mitberatung an den Rechtsausschuß, den Ausschuß für Wirtschaft, den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Haushaltsausschuß überwiesen.

Die mitberatenden Ausschüsse haben wie folgt votiert:

Rechtsausschuß

Ablehnung des Antrags mit großer Mehrheit gegen die Stimme der Gruppe der PDS.

Ausschuß für Wirtschaft

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P., gegen die Stimmen der Mitglieder der Gruppe der PDS, bei Enthaltung der Mitglieder der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Einstimmige Ablehnung.

Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Ablehnung.

Haushaltsausschuß

Ablehnung mit großer Mehrheit.

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung u. a. aufgefordert werden, binnen eines Jahres einen Gesetzentwurf zur Regulierung und Verknappung des Angebotes erschöpfbarer Energierohstoffe einzubringen. Ziel dieses Gesetzes sei es, die Menge und Zusammensetzung des Gesamtangebots von erschöpfbaren Energierohstoffen für den deutschen Binnenmarkt zu regulieren und gemäß den Erfordernissen des Klimaschutzes zu verknappen. Weiter soll die Bundesregierung aufgefordert werden, international und auf der Ebene der Europäischen Union in Verhandlungen darauf hinzuwirken, daß eine Regulierung und Verknappung des Angebots erschöpfbarer Energierohstoffe erreicht wird. Da alle Menschen das gleiche Nutzungsrecht an den natürlichen Ressourcen hätten, seien weltweite Reduktionsziele so auszulegen, daß überproportionaler Energieverbrauch auch entsprechend überproportional reduziert werde.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat den Antrag in seiner 33. Sitzung am 12. Juni 1996 beraten.

Von seiten der Antragsteller wurde ausgeführt, der eigene Vorschlag zur Regulierung und Verknappung des Angebotes erschöpfbarer Energierohstoffe und Einrichtung einer Energierohstoffagentur stelle eine Alternative zur Energiesteuer dar. Man sei der Auffassung, daß eine solche Energiesteuer wenig geeignet sei, die Klimaproblematik zu lösen, da die Energiesteuer binnenwirtschaftlich über die Preise auf die Verbraucher abgewälzt werde. Sie setze damit bei der Nachfrage und nicht bei der Produktion an und sei dadurch wenig effektiv. Die Energiesteuer sei darüber hinaus eine Strafsteuer, die auch notwendigen, bereits effizienten Energieverbrauch bestrafe. Darüber hinaus lasse sich auch mit einer Energiesteuer steigender Energieverbrauch nicht ausschließen, so daß auch das Ziel des Klimaschutzes verfehlt werde. Schließlich zeige die Entwicklung, daß der Widerstand gegen eine Energiesteuer so groß sei, daß sie, wenn überhaupt, nur noch in einer sehr verwässerten Form zum Tragen komme.

Der eigene Ansatz sehe vor, Menge und Zusammensetzung des Gesamtangebotes von erschöpfbaren Energierohstoffen für den deutschen Binnenmarkt zu regulieren und gemäß den Erfordernissen des Klimaschutzes zu verknappen. Zur Erfüllung dieser Aufgabe sei eine Energierohstoffagentur einzurichten, die einerseits als alleiniger Aufkäufer von erschöpfbaren Energierohstoffen und andererseits als Auktionator auf dem Binnenmarkt auftrete. Komme es durch die Rohstoffverknappung zu Preisdifferenzen zwischen dem Weltmarkt und dem Binnenmarkt, solle die Differenz abgeschöpft und einem Fonds zugeführt werden, aus dem u. a. Projekte zur Erhöhung der Energieeffizienz gefördert würden. Dies trage dazu bei, daß sich Preissteigerungen im vernünftigen Rahmen hielten. Auch die Abwanderung energieintensiver Industrien stelle sich nicht so dar wie bei einer Energiesteuer, da die Abwanderung eines Betriebes unmittelbar zu einer Reduzierung des Energiebedarfs führe und damit dem Preisauftrieb entgegenwirke. Entscheidend sei aber, daß den Preissteigerungen vorgebeugt werden könne, wenn Maßnahmen zur Energieeffizienzsteigerung vorab in die Wege geleitet würden und sich die Wirtschaft insgesamt vernünftig verhalte. Wenn also die freiwilligen Selbstverpflichtungen der Wirtschaft auch erfüllt würden, komme es nicht zu einer Preissteigerung.

Von seiten der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. wurde ausgeführt, es sei nicht deutlich geworden, warum der planungswirtschaftliche Ansatz, zu dem es auch vor nicht all zu langer Zeit Erfahrungen im eigenen Lande gegeben habe, besser sein solle als

die Instrumente, die derzeit von der Bundesregierung zur Lösung der Probleme eingesetzt würden. Ein Problem sei auch, daß auf dem Weltmarkt beispielsweise beim Energieträger Öl eher ein Überangebot als Knappheit bestehe. Mit dem vorgeschlagenen Instrumentarium könne man dies weder international noch national lösen. Man lehne daher den Antrag ab.

Von seiten der Fraktion der SPD wurde ausgeführt, es sei richtig, daß man angesichts der Situation einiger erdölexportierender Länder (z. B. Kriegsschuldenabbau) zur Steuerung des Marktes nicht nur über den Preis, sondern auch über andere Instrumente kommen müsse. Der vorgeschlagene Ansatz sei aber national nicht durchführbar. Es handele sich hier vielmehr um einen Denkansatz für die internationale Ebene. Man werde daher den Antrag ablehnen.

Von seiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schloß man sich dieser Argumentation an.

Der Ausschuß beschloß mit großer Mehrheit, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 13/3492 abzulehnen.

Bonn, den 27. Juni 1996

Kurt-Dieter Grill	**Dietmar Schütz (Oldenburg)**	**Michaele Hustedt**	**Birgit Homburger**
Berichterstatter	Berichterstatter	Berichterstatterin	Berichterstatterin

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333